ANTRAG

der Fraktion der NPD

Regierungserklärung zur finanziellen Schieflage der "P+S-Werften" im Sommer 2011

Der Landtag möge beschließen:

Der Ministerpräsident wird aufgefordert, im Landtag unverzüglich eine Erklärung über die finanzielle Situation der "P+S-Werften" im Sommer 2011 und die damaligen Hilfen des Landes Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere im August und September 2011, abzugeben.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Offenbar hatte die Landesregierung spätestens im August 2011 durch einen vertraulichen Bericht von Wirtschaftsprüfern Kenntnis über die mutmaßliche Zahlungsunfähigkeit der "P+S-Werften". Gleichzeitig soll die Landesregierung offenbar wenige Tage vor der Landtagswahl 2011 still und heimlich Finanzunterstützungsmaßnahmen in Millionenhöhe an die "P+S-Werften" ausgereicht haben, ohne ein Gremium des Landtages hiervon gleichzeitig in Kenntnis zu setzen. Eine unverzügliche Regierungserklärung des Ministerpräsidenten ist unausweichlich, um Schaden vom Lande abzuwenden.